

Fraktion DIE LINKE

Sahra Mirow (Fraktionsvorsitzende)

Bernd Zieger

Zara Kiziltas

Mail: gemeinderat@dielinke-hd.de

Tel: 06221-3629562



An

Herrn Oberbürgermeister

Dr. Eckart Würzner

Stadt Heidelberg

Rathaus | 69117 Heidelberg

Mail: 01-Sitzungsdienste@heidelberg.de

Heidelberg, 18.03.2020

Sachantrag "Unterstützung des offenen Briefes der Seebrücke"

für die nächste Sitzung des Gemeinderates zum TOP

"Aufnahme von unbegleiteten Kindern und Jugendlichen aus griechischen Geflüchtetenlagern"

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

für die nächste Sitzung des Gemeinderates stellen wir folgenden Sachantrag:

Der Gemeinderat unterstützt den Brief der Heidelberger Seebrücke zur Aufnahme von Geflüchteten aus Aufnahmelagern auf den griechischen Inseln als Resolution. Der Oberbürgermeister wird sich entsprechend der Intention des offenen Briefes der Seebrücke als Arbeitsauftrag an die Bundesregierung wenden.

Zudem bekräftigt der Gemeinderat seinen Beschluss vom 18.10.2018 zur Aufnahme von Geflüchteten aus der Seenotrettung im Mittelmeer (Drucksache 0281/2018/BV).

Die Stadt Heidelberg wird zudem:

- 1) 30 zusätzliche Aufnahmeplätze für die hilfsbedürftigsten Personen in prekären humanitären Situationen in den griechischen Auffanglagern anbieten.
- 2) darüber hinaus zusätzlich 10 Aufnahmeplätze für unbegleitete minderjährige Geflüchtete von den griechischen Inseln anbieten und sichert die Unterbringung in Einrichtungen auf ihrem Gebiet zu.
- 3) die Regierung des Landes Baden-Württemberg auffordern, ein Landesaufnahmeprogramm gemäß § 23 Absatz 1 Aufenthaltsgesetz für Geflüchtete, die sich derzeit in den Aufnahmelagern auf den griechischen Inseln befinden, zu beschließen.
- 4) die Regierung des Landes Baden-Württemberg zudem auffordern, den Antrag des Landes Berlin im Bundesrat zu unterstützen, nach dem § 23 Absatz 1 Satz 3 Aufenthaltsgesetz geändert wird (Entwurf: BR-Drs. 482/19).

Fraktion DIE LINKE

Sahra Mirow (Fraktionsvorsitzende)

Bernd Zieger

Zara Kiziltas

Mail: gemeinderat@dielinke-hd.de

Tel: 06221-3629562



5) die Bundesregierung auffordern, von Artikel 17 Dublin-III-VO verstärkt Gebrauch zu machen und die von der Stadt Heidelberg und anderen bundesdeutschen Städten und Kreisen angebotenen Aufnahmeplätze in Anspruch zu nehmen. Ein entsprechendes Angebot soll der griechischen Regierung unterbreitet werden.

6) die Bundesregierung auffordern, sofort für die Beendigung der humanitären Katastrophe an der türkisch-griechischen Grenze und auf den griechischen Inseln zu sorgen und unverzüglich Brüche des internationalen und EU-Rechts zu rügen und zu unterbinden.

7) Die Verwaltung beauftragen, sich weiterhin auf Landes- und Bundesebene mit den Städten des Bündnisses „Städte Sichere Häfen“ eng auszutauschen und hinsichtlich kommunaler Unterstützungsaktivitäten humanitärer Hilfsangebote abzustimmen.

Begründung:

Die katastrophale Situation in den Auffanglagern an der europäischen Außengrenze an der griechischen Ägäis zwingt uns zu raschem Handeln. Die Lager, ursprünglich gedacht, um von dort ausgehend eine schnelle Weiterverteilung der Geflüchteten auf die Länder Europas durchzuführen, sind seit Monaten und Jahren hoffnungslos überlastet. Da es Monate und Jahre dauert bis die Anträge bearbeitet werden und es an von Seiten der europäischen Regierungen an Solidarität mangelt, müssen tausende Menschen, darunter etliche Kinder, in Zelten innerhalb der Auffanglager seit Jahren hausen. Die hygienische Situation ist miserabel, es ist beengt und allgegenwärtiger Müll und Gestank kennzeichnen die Lebenssituation, der in den Lagern gestrandeten. Es gibt etliche Berichte von Kindern, die in dieser Lager-Situation völlig apathisch werden. Sie hören auf zu spielen, zu sprechen und essen nur noch, wenn sie dazu gezwungen werden.

Diese sowieso bereits grauenvolle Situation verschlechtert sich in den letzten Wochen aber noch weiter rasant. Gewalttätige Ausschreitungen auf der Insel verhindern die Weiterarbeit zahlreicher ehrenamtlicher Hilfsorganisationen. Nun droht sich das Corona-Virus im beengten Lager, wo fast keinerlei medizinische Versorgung vorhanden ist, auszubreiten und Krankheit und Tod massenhaft über die hilflosen Menschen zu bringen. Wer angesichts dieser drängenden Lage weiterhin auf andere politischen Ebenen oder eine derzeit nicht herbeiführbare „europäische Lösung“ verweist, nimmt den sicheren Tod zahlreicher Menschen bereitwillig in Kauf.

Ein Engagement der Stadt Heidelberg für Geflüchtete hat zahlreiche Vorbilder in der Vergangenheit: Vor dem Hintergrund der katastrophalen Situation im Mittelmeer bei der Aufnahme von aus Seenot geretteten Geflüchteten hatte der Gemeinderat der Stadt Heidelberg am 18.10.2018 einen Beschluss zur Aufnahme von aus Seenot geretteten Geflüchteten im Mittelmeer gefasst (0281/2018/BV).

Ähnliche oder gleichlautende Beschlüsse wurden auch in vielen anderen Kommunen der Bundesrepublik

Deutschland gefasst. Neben der Verwaltung haben sich auch die in dem Bündnis „Städte Sichere Häfen“ zusammengeschlossenen Kommunen – darunter auch Heidelberg – immer wieder um eine

Fraktion DIE LINKE

Sahra Mirow (Fraktionsvorsitzende)

Bernd Zieger

Zara Kiziltas

Mail: gemeinderat@dielinke-hd.de

Tel: 06221-3629562



Lösung auf Bundes- und Landesebene bemüht. Das Abkommen von Malta, in dem sich die Bundesrepublik Deutschland in 2019b verpflichtet hat, 25 % der aus Seenot geretteten Geflüchteten, die in Malta und Italien angelandet werden, in der Bundesrepublik aufzunehmen, hat eine solche Möglichkeit geschaffen. Dass sich die Bundesrepublik an einer dringend gebotenen humanitären Lösung beteiligt hat, ist auch auf die Initiative der Stadt Heidelberg und der anderer Städte sowie die Forderungen und Aktivitäten des Bündnisses „Städte Sichere Häfen“ zurückzuführen.

Die im Beschluss benannten Maßnahmen sollen unabhängig von der durch die Bundesregierung am 09.03.2020 annoncierten Aufnahme von 1.500 geflüchteten Kindern durch willige EU-Staaten erfolgen. Auf den griechischen Inseln befinden sich deutlich mehr vulnerable Personen, die einen sicheren Ort benötigen. Die Aufnahme der genannten Personenzahl soll alternativ über ein Landesaufnahmeprogramm oder über eine Bundesinitiative erfolgen, abhängig davon, welche Initiative zeitlich zuerst die Möglichkeit der Aufnahme bietet.

Mit freundlichen Grüßen,

Sahra Mirow

Bernd Zieger

Zara Kiziltas